

BMEIA-EU.2.13.47/0043-II.1/2016

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

25/4.2

**EU; Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten
am 14. November 2016**

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 14. November fand in Brüssel eine Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten statt. Schwerpunkte des Rates waren die EU-Beziehungen zur Türkei, wobei dieser Punkt auch auf österreichisches Betreiben auf die Tagesordnung gesetzt wurde, sowie Östliche Partner und die Südliche Nachbarschaft. Zudem fand eine gemeinsame Sitzung der EU-Außenminister mit den EU-Verteidigungsministern zur EU-Globalstrategie statt.

In der Diskussion zur Türkei verwies ich darauf, dass die beschwichtigende Linie der EU gegenüber der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch nicht funktioniert habe und sich diese immer weiter von Europa weg bewege. Deshalb sei es an der Zeit, das Verhältnis zur Türkei ehrlich und realistisch zu überdenken und Alternativen zu den Beitrittsverhandlungen zu überlegen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Östliche Partner wurde der Status quo der EU-Beziehungen zu den sechs östlichen Partnerländern vor dem Hintergrund des nächsten Gipfeltreffens im November 2017 evaluiert. Ratsschlussfolgerungen wurden angenommen.

Beim informellen Mittagessen informierte die Hohe Vertreterin Mogherini zu ihren Reisen nach Teheran und Riyadh im Rahmen des verstärkten *Outreach* zu regionalen Akteuren in der Syrien-Krise.

Die gemeinsame Sitzung mit den EU-Verteidigungsministern stand im Zeichen der Umsetzung der EU-Globalstrategie im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Ich betonte die Notwendigkeit, dass die EU in Fragen der Sicherheit und Verteidigung auf eigenen Füßen stehen müsse und bei jenen Sicherheitsfragen, welche die EU-Bürger besonders beschäftigen – wie zum Beispiel Außengrenzschutz und Terrorismus – alle Instrumente der EU eingesetzt werden müssen. Es wurden Ratsschlussfolgerungen sowie der Umsetzungsplan angenommen, die das Ambitionsniveau in diesem Bereich festlegen.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 5. Dezember 2016
KURZ m.p.